

wäre es, wenn man sie in kleinen Arbeiterkreisen nach dem Süden brächte, wo hoffentlich nächstens die Staubdecken in Angriff genommen werden. Dort befänden sie sich gewissermaßen in fremdem Lande, unter den Hottentotten und Vostards, und würde ihr Herrenstolz gedemütigt werden. Erweist sich die Zahl der übrig gebliebenen Herero-Weiber als zu groß für den jetzigen Stamm, so überweise man den treu gebliebenen Bergdamara eine Anzahl davon. Dem steht nach eingeborener Anschauung über Recht und Sitte nichts entgegen. Daß man die Führer des Aufstandes kurzweg hengt, dürfen wir mit Bestimmtheit erwarten. Die nächste Zeit wird uns hoffentlich darüber Klarheit bringen. Dieses liberale Humanitätsrezept enthält also nichts Geringeres als: Vernichtung eines Volksstammes, Veralterung der Mitglieder desselben, Sklavenarbeit derselben, Auslieferung ihrer Frauen an andere, Hengen der Anführer des Aufstandes. Das heißt nicht bloß Herabsinken auf die „eingeborene Anschauung“ der wilden Hereros, sondern noch tiefer unter dieselbe fallen: tief herab in die Barbarei der Wilden! L. diese liberale Humanität!

Sonntagsvormittag ist mit dem Dampfer „Silvia“ ein Truppentransport von 36 Offizieren, 143 Mann und 205 Pferden nach Deutsch Südwestafrika abgegangen. Zur Verabschiedung hatte sich in Vertretung des kommandierenden Generals Generalmajor v. d. Groeben eingelunden.

Der Kampf gegen die Brauereireform dauert fort. Die freimüthige Presse verknallt jetzt schon Tag für Tag eine Masse Pulver gegen eine künftige Vorlage über die Brauereien, die noch unbekannt ist. Allen voran die „Freimüthige Zeitung“, die von jeher die unbedingte und „unentwegte“ Opposition in allen Zoll- und Steuerfragen als ihren Hauptberuf betrachtet. Der „flammende Protest“ gibt es immer nur in dem Maße, dem Volke dürfte das Bier nicht verteuert werden. Dieser Protest ist uns ganz sympathisch. Aber wir vermüssen vorläufig noch den Nachweis, daß das deutsche Volksgetränk in Gefahr sei. Nach den Meldungen von ansehnlicher unterrichteter Seite soll der Zweck des geplanten Geheulentanzes nicht die Erhöhung, sondern die Verbesserung der Brauereien sein. In der Hauptsache soll es sich um eine Staffelung derselben handeln, und zwar entsprechend den Anträgen, die mehrfach von den mittleren und kleineren Brauereien gestellt sind. Auch auf diesem Gebiete haben die Kleinbetriebe gegen die Hebermacht der kapitalistischen Großbetriebe einen schweren Stand; da die bisherige Besteuerungsart für die Starken vorteilhaft und für die Schwachen ungünstig ist, so ist der Versuch, im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit und des Schutzes des Mittelstandes die Steuer zu reformieren, gewiß begründet. Wenn nun die Brauereien für die kleineren Betriebe in schonender Weise abgestuft wird, so wird sich für die Großbetriebe eine stärkere Heranziehung ergeben, denn die Regierung wird natürlich den Gesamttrag der Brauereier nicht vermindern lassen wollen. So lange aber die durchschnittliche Belastung der Tonne Bier dieselbe bleibt, wie früher, kann man von einer Verteuerung des Bieres wahrlich nicht reden. Das Zentrum hat wiederholt erklärt und auch stets durch die Tat bekräftigt, daß es keine neuen Steuern will, die den Massenverbrauch verteuern. Der Reichsfinanzminister wird nachzuweisen haben, daß die Staffelung, die er vorschlägt, der Gerechtigkeit entspricht, und daß auch die Höchstpreise von den Großbrauereien getragen werden können, ohne daß eine Verteuerung des Bieres eintritt. Wer so die Interessen der Gesamtheit zu schützen bereit ist, braucht freilich nicht schon vor dem Bekanntwerden der Vorlage die große Trommel der unbedingten Verneinung zu schlagen. Die freimüthige Presse, die einen fürnehmlichen Feldzug zur Rettung des Nationalgetränkens unternimmt, ehe dasselbe angegriffen ist, dient hierbei weniger dem Volke, als vielmehr den Großbrauereien, die für eine Schwächung ihrer großen Dividenden fürchten.

Auf sozialpolitischem Gebiete marschirt Deutschland an der Spitze aller Kulturstaaten. Das muß selbst die Sozialdemokratie anerkennen. So schrieb der sozialdemokratische Schriftsteller Kampffmeyer in der „Kommunalen Praxis“ (Nr. 12), daß „bis über die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung merkwürdig daständen. In keinem Lande der Welt sei die Sorge für den einzelnen erkrankten und unfallverletzten Arbeiter in dem Umfange, wie in Deutschland öffentlich-rechtlichen Körperschaften in die Hände gegeben worden. In zahlreichen Fällen, wo in anderen Ländern der schwerleidende Arbeiter in die eigene Tasche greifen muß, stehen für ihn in Deutschland die beträchtlichen Mittel öffentlicher Organisationen. Aber,“ fährt Kampffmeyer fort, „selbst angesichts der sehr erheblichen Leistungen unserer Arbeiterversicherungsanstalten haben wir in Deutschland nicht das Recht zu einem tiefen Schloße auf den Vorbeeren dieser Institute; denn in zahlreichen Fällen erreichen sie nicht das naheliegende, erstrebenswerte sozialpolitische Ziel einer vollständigen Heilung der Erkrankten und der Sicherung ihrer Existenz und der ihrer Familien während ihres erwerbsunfähigen Zustandes. Der weitsehende Sozialpolitiker hat daher planmäßig auf eine Erweiterung der Arbeiterversicherungsanstalten loszusteuern und muß, da die nächste Zukunft leider noch keine gesetzliche Ausdehnung dieser Leistungen bringen wird, diese im Rahmen der gegebenen gesetzlichen Verhältnisse zu reden und zu strecken suchen.“ — Wäre es nach der sozialdemokratischen Reaktion im Reichstage gegangen, so hätten die Arbeiter alle diese sozialen Einrichtungen nicht erlangt. Ihre falsche Taktik veranlaßte sie in jedem Falle gegen die Gesetze zu stimmen, da sie entweder ihre vollen Forderungen bewilligt haben oder das Gesetz zu Falle bringen wollten. Wie vernünftig war dagegen das Vorgehen des Zentrums, welches für die Arbeiterschaft das herauszuschlagen verlor, was im Momente erreichbar war.

Der Sozialdemokrat Bebel hat aus seiner vaterlandsverräterischen Gesinnung noch nie ein Hehl gemacht. Aber so offen und unverblümt hat er sie noch nie zur Schau gestellt, wie auf dem internationalen Sozialkongress zu Amsterdam. Er wandte sich gegen Jaures und die französischen Sozialisten in folgenden Worten:

„Einige Worte muß ich über Monarchie und Republik

sagen, weil meine Worte unerhört entsetzt aus der Kommission in die Öffentlichkeit gelangt sind. Selbstverständlich sind wir für die sozialistische Republik. (Lebhafter Beifall.) Das haben wir nie geleugnet, und es ist ja das einer der schwersten Vorwürfe, die Bismarck, Bülow und die reaktionäre Welt gegen uns erheben. Aber wir schwärmen nicht für die bürgerliche Republik. So sehr wir die französischen Genossen um ihre bürgerliche Republik beneiden und sie uns selbst wünschen — um die bürgerliche Republik uns die Köpfe einschlagen zu lassen, das ist sie uns nicht wert. (Lebhafter Beifall.) Ob Monarchie oder Republik, beides sind Klassenstaaten. So schlecht wie Sie die Monarchie machen, ist sie nicht, und so gut, wie Sie Ihre Republik machen, ist sie nicht. (Beifall.) Wir haben in unserem junkerlich regierten monarchischen Staate Institutionen, die Sie in Ihrer bürgerlichen Republik nicht haben. In keinem Staate gibt es ein so niederträchtiges, die Arbeiterklasse so brutal ausbeutendes Steuer- und Zöllexem, wie in Ihrer Republik Frankreich. Demgegenüber haben wir in unserem junkerlich-polizistischem Staat eine progressive Einkommensteuer. (Hört!) Auch Ihre Republik ist stets bereit, die Staatsgewalt den Arbeitern entgegenzustellen. Wo können die Arbeiter brutaler, niederträchtiger niederkniet werden, als in der großen Republik jenseits des Wassers? Auch in Frankreich wird überall gegen streikende Arbeiter Militär ausgesetzt, ebenso in der Schweiz. Ich beneide euch um euer freies Wahlrecht. Hätten wir dieses, seid verdammt, wir würden euch noch ganz was anderes zeigen. (Stürmischer Beifall.) Aber wenn es sich um Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit handelt, wird auch in eurer bürgerlichen Republik mit himmelschreiender Ungerechtigkeit vorgegangen. Hat nicht auch das Ministerium Waldeck-Rousseau-Willard die Arbeiter niederkniet? Ist nicht die Polizei in die Pariser Arbeiterbörse einmarschirt? Und was mühten wir erleben? Als das Ministerium deswegen interpellirt wurde, stimmte ein Teil der sozialistischen Mitglieder in der Kammer für den Uebergang zur Tagesordnung. (Hui! Hui! Unruhe.) Ein Arbeitervertreter in Deutschland, der das täte, wäre am nächsten Tage seines Mandates verlustig. (Stürmischer Beifall.) Da sind wir zu gut diszipliniert, um solchen Verrat zu begehen. (Erneuter Beifall.) Verachte Parteigenossen! Was habt ihr denn am 16. Juni von uns erwartet? Habt ihr erwartet, daß wir die drei Millionen Wähler mobil machen wollten, vor das Schloß führen und den Kaiser vertreiben? Bei uns in Deutschland reiden drei Millionen nicht. Wir brauchen sieben, ja acht Millionen. Wenn wir die erst haben, dann wollen wir mal sehen, was passiert. (Weiterer Beifall.) Wer hat euch denn das Wahlrecht gegeben, habt ihr es euch erobert? Oder hat es euch nicht Napoleon III. geschenkt? Und verdammt ihr eure Republik nicht Bismarck? (Weiterer Beifall.) Ein wahres nationales Schandstück leistete sich aber Bebel in folgenden Schlußsätzen: „Die Franzosen sind stolz auf ihre Traditionen. Nun, das Wahlrecht gab euch der Mann des Staatsrechts, die Republik die deutsche Reaktion, die euch ein Sedan verhasste und euren Napoleon in Wilhelmshöhe zur Ruhe setzte. Ich wäre ganz zufrieden, wenn wir auf dieselbe Weise zur Republik kämen!“

Bebel wünscht also dem Deutschen Reiche ein Sedan durch Frankreich, um rascher zur Republik zu kommen. Inwiefern kann man den Hochverrat nicht proklamieren.

Sozialdemokratische Reaktionen, die anlässlich des Brandes der Magdalenenkirche in Straßburg verübt wurden, erzählt der dortige „Volksbote“ wie folgt: „Als die Kirche zu brennen anfing, klatschten am Marktplatz einige traurige Subjekte lauten Beifall und stimmten ein Hoch auf die Sozialdemokratie an. Einer rief: Man sollte nun rasch alle Pfaffen in die Kirche einsperren und sie mit Verbrennen lassen. Ein anderer beteuerte, er würde den Wasserleitungsapparat zerschneiden, wenn er die Gewissheit hätte, daß er zur Rettung der Kirche würde Verwendung finden. Oben an der Magdalengasse taten sich ebenfalls 2 Rowdies in Hochrufen auf die Sozialdemokratie hervor. Vom Marktplatz her kamen eine Reihe grüner Jungen gezogen, hielten sich Arm in Arm und grüßten laut die Arbeitermarschallie. Von mehreren Geistlichen wird uns versichert, daß sie in grober Weise insultirt worden sind. Traurige Dellen, die ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bei einem derartigen Ereignisse in solcher Weise bekunden!“

Oesterreich-Ungarn.

Der Tiroler Volkstag hat bei den meisten beteiligten Parteien nichts gutes hinterlassen. Die Deutsche Volkspartei ist tief verstimmt über den Empfang, der dem Abgeordneten Hofmann auf dem Volkstage geworden ist, und die Alldeutschen, die wiederum von dieser Auffassung des nationalen Streites sich große Parteivorteile versprechen, sehen mit Mißvergnügen, daß ihnen dabei die Frei-Alldeutschen zuvorgekommen sind. Das „Ad. Tagbl.“ widmet deshalb dem Volkstage und der Anwesenheit des Abgeordneten Wolf auf demselben folgende grimmige Erörterung: „Herr Dr. Rodowanski hat auf dem Volkstage zur Einigkeit gemahnt. Unter dieser Einigkeit konnte er doch nicht die Einigkeit mit ehrlosen Leuten gemeint haben? Nur ein Ehrloser trägt seine Schande in die Öffentlichkeit wie eine Dirne, nur ein Schamloser wagt sich in die Öffentlichkeit, die von ihm weiß, daß er (Abg. Wolf) gegen die persönliche Ehre und gegen die eines Volksvertreters gefehlt. Für die Schlesier wäre es von Vorteil, wenn sie sich in Zukunft von diesem Subjekte ferne hielten. Gibt es denn in Schlesien nicht anständige deutsche Männer, die die Volksfrage vertreten?“ — Von einer Veranstaltung, die solche Diskussionen zur notwendigen Nachwirkung hat, wird man doch nicht behaupten können, daß sie die Ernsthaftigkeit und notwendige sittliche Höhe der nationalen Abwehr dem Segner beweist.

Rom.

Pius X. und das Konkordat. Wie dem „Matin“ aus Rom telegraphirt wird, teilt Pius X. nicht die Meinung, daß das Konkordat ein dem Staate von der Kirche bewilligtes Privileg sei, welches die Kirche zurückziehen

könne. Der Papst billigt vielmehr die seinerzeit von dem damaligen Papst, jetzigen Kardinal Agliardi, in einem Buche veröffentlichte These, nach welcher das Konkordat ein zweiseitiger, nicht nur den Staat, sondern auch die Kirche bindender Vertrag sei. Das ist ja auch die fast allgemeine Anschauung der ersten Lehrer des katholischen Kirchenrechts.

Die christliche Demokratie. Der neue Präsident der verkürzten „Opera dei congressi“ Graf Medolago wurde vom Papst in Audienz empfangen. Sein Programm der katholischen Volksaktion berührt das politische Gebiet gar nicht und hat nur die praktischen Bedürfnisse des Volkes im Auge. Die Proletarier sollen organisiert werden, damit sie der Organisation der Sozialdemokratie nicht in die Arme fallen. Dies soll angestrebt werden durch Vermehrung der landwirtschaftlichen und Arbeiterklassen, durch Errichtung von Volks- und Arbeitersekretariaten und durch Gründung von Arbeitervereinigungen zur wechselseitigen Hilfeleistung. Je mehr sich die christliche Demokratie gerade in Italien statt der Erörterung unfruchtbarer kirchenpolitischer und politischer Fragen der praktischen sozialen Reform widmet, desto eher wird sie durchdringen und frisches katholisches Leben erwecken.

Frankreich.

Der Sozialist Jaures sprach auf dem internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam Worte, welche von allgemeiner Bedeutung sind. Die Sozialdemokratie habe durch ihre Unterstützung der Politik Combes dessen Regierung gerettet und durch die Annäherung Frankreichs an England und Italien eine allmähliche Lösung vom zarischen Rußland ermöglicht. Er sprach von den sozialen Reformgesetzen, zu denen seine Partei die Regierung gezwungen habe und noch weiter zwingen. Von Combes habe er das Versprechen erhalten, daß dieser in der nächsten Session die progressive Einkommensteuer, die Trennung der Kirche vom Staat erzwingen und hierbei die Kabinettsfrage stellen werde. Auch Blanqui habe die konfessionslose Schule gefordert, die sie jetzt durchsetzen. Kein abgemachter Pakt binde die Partei mit dem Ministerium; sie unterstütze es, weil nur nach der Liquidierung der demokratischen Forderungen für sozialistische Raum werde. Jules Guesde, der Jaures schon mehrfach heftig unterbrochen, antwortete erregt: In der deutschen Monarchie sei eine bessere soziale Gesetzgebung erzielt worden als in dem republikanischen Frankreich. Erst nach einer sozialen Revolution hätte der Kampf gegen den Sterikalismus einen Wert. Das dürfte wohl auch die Taktik der deutschen Sozialdemokratie sein.

Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unserer Vertriebsstelle mit Namenangabe für diese Arbeit sind der Redaktion allzeit willkommen. Der Name des Vertriebsortes bleibt Geheimnis der Redaktion. Anonyme Zuschriften müssen unbedingteigst bleiben.)

Dresden, den 22. August 1904.

Heute vormittag hörte Se. Majestät die Vorträge Ihrer Excellenzen der Herren Staatsminister v. Neßky und General der Infanterie Freiherr v. Praun.

Freitag nachmittag besuchten die Prinzen Georg, Friedrich Christian, Ernst Heinrich und Prinzessin Margarete den Zoologischen Garten und wohnen der Vorstellung von Danemanns Raubtierschule bei. Direktor Schoepf begrüßte und führte die jungen Prinzen, welche ihrer Freude über das Gesehene wiederholt Ausdruck gaben.

Der „ultramontane Parteitag in Regensburg“ macht den „Dresdner Nachr.“ wie alljährlich jede Katholikenversammlung Kopfschmerzen. Sie wissen sich einfach nicht zu fassen. Die Superlative sind in ihrer Buchstabenwahl zu schwach, um die äußerste Phrasenwirkung hervorzuheben, und die deutsche Sprache zu arm, um die Potenz der Verdrehung zu erreichen. Es fällt uns nicht ein, auf den Sonntagartikel einzugehen. Zur Verleumdung unserer Leser sollen nur einige Kraftproben hervorgehoben werden. Es wird da von „römischen Wessendbrill“ gesprochen, durch welchen die „Drahtzieher“ die „von ihnen gegängelte Herde“ zu einer „brutalen Massenwirkung“ und „plumpen Größenverhältnissen“ bringen. Wenn der Ev. Bund eine solche Versammlung zu Stande brächte, so würde selbstredend von imposanter Massenwirkung und großartigen Größenverhältnissen gesprochen. Dann spricht der Artikel weiter noch von „geforderten Opfern des Intellekts, der besserer Einsicht und Ueberzeugung“ der verarmtesten Katholiken, über welche die „regierende Partei“ ihre „segnenden Hände“ ausbreitet und die durch „schmetternde rauschende Siegesfanfaren“ in einen „rauschähnlichen Zustand“ versetzt werden. Der „Sinne unnebelnde kirchliche Weisheit“ vollendet diesen Rausch und drückt auf die „weltliche Macht- und Herrschaftspolitik“ „amtliche Siegel der hierarchischen Genehmigung“, wodurch „jedes eigene Denken erstickt und unnötig gemacht wird“. — So werden die Katholiken als artlose Trottel hingestellt. Zum Schluß wird das von uns gebrachte Protektionsreiben der zwei jungen adeligen Herren herbeigezogen, um daraus zu folgern, daß von „einmündiger hervorragender katholischer Seite selbst der von der Zentrumspresse beharrlich geleugnete Unterschied zwischen politischen Ultramontanismus und religiösen Katholizismus ausdrücklich zugegeben“ werde. Es ist sehr weit gekommen, wenn das Blatt politisch untreue Jünglinge liberaler Gesinnung zu Kronzeugen anrufen muß — in Ermangelung anderer Beweise. Die Verdrehungskunst ist schamlos, wenn aus zwei Adeligen der „katholische bayerische Adel“ gemacht wird, wie die „Dr. R.“ schreiben. Und läppisch ist die Konsequenz daraus, es sei als ein „günstiges Angehen zu betrachten, daß die ultramontanen Bäume nicht in den Himmel wachsen werden“. Noch komischer wirkt der daraus folgende Satz: Es müsse (wegen der paar jungen Leute?) einmal doch der Zeitpunkt kommen, wo der Ultramontanismus von einer allgemeinen, kraftvollen evangelisch-nationalen Bewegung aus dem Sattel gehoben und auf das ihm zukommende Maß von politischer Bedeutung in dem protestantischen deutschen Kaiserreich beschränkt wird. Ein „protestantisch deutsches Kaiserreich“ ist ein genau so großer Stiefel, wie der ganze Artikel, der von der Hundstagskette der letzten Tage Zeugnis ablegt.

Die Festung Königstein wird am 1. Oktober als Garnison aufhören zu bestehen, denn das Festungsbataillon der 177er, das Freitag nach Königstein zur Abhaltung von Geschichtstagen beordert wurde und erst am 24. September nach der alten Feste zurückkehrt, wird